

# Danziger Zeitung.

№ 8439.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint wöchentlich 12 Mal. — Bestellungen werden in der Expedition (Ketterhagergasse №. 4) und auswärts bei allen Kaiserl. Postanstalten angenommen. Preis pro Quartal 1 R. 15 Pf. Auswärts 1 R. 20 Pf. — Inserate, pro Seite 2 Pf., nehmen an; in Berlin: H. Albrecht, A. Reinecker und Rud. Mose; in Leipzig: Eugen Fort und H. Engler; in Hamburg: Haenlein u. Vogler; in Frankfurt a. M.: G. L. Danck u. die Füger'sche Buchhandl.; in Hannover: Carl Schäffer; in Cöln: Neumann-Bartmann's Buchh.

1874.

## Telegramme der Danziger Zeitung.

Angekommen 30. März, 7 Uhr Abends.

Berlin, 30. März. Die „Nord. Allg. Blg.“ hält es nicht für wahrscheinlich, daß sich die preußische Regierung zu dem Civile-Antrag der Abg. Bölk und Hirschius ablehnend oder auch nur passiv verhalten werde. Wenn ein solcher Anschein erstanden ist, so erkläre sich das auf dem zufälligen Umfange, daß das preußische Cultusamt im Bundesrath nicht vertreten sei.

Paris, 20. März. Die gestrige Deputirtenwahl ergab im Departement Gironne 68,877 Stimmen für den Generalrat Roudier (Republikaner), 45,079 St. für den General Vertrant (Bonapartisten) und 21,598 St. für den Admiral Larrieu (Orleanist); im Departement Haut-Marne ist Daniel Bernadot mit 35,612 St. gegen Lépern (conservativ) gewählt, der 24,142 Stimmen erhielt.

## Teleg. Nachrichten der Danziger Zeitung.

Madrid, 29. März. Telegramme aus Santander bestätigen die von der Nordarmee errungenen Vorteile. Murieta ist mit Sturm genommen, die carlistischen Truppen, die dasselbe vertheidigten, sind niedergemacht worden. Die Regierungstruppen haben sich darauf in Murieta verschanzt und sofort und ohne jede Unterbrechung die 3000 Meter von Murieta entfernten Positionen der Carlisten zu beschießen begonnen. Auch gestern Nachmittag wurde die Beschießung fortgesetzt. Beim Sturm auf Murieta marschierte Admiral Topete an der Spitze der Infanterie, er erhielt einen Schuß durch den Armel seines Mantels, blieb jedoch unverletzt. General Vorma ist leicht verwundet.

## Die Aufhebung der Schlachtsteuer.

F. Bevor die Stadtverordneten-Versammlung den schwerwiegenden Besluß fällt, ob die Schlachtsteuer für den hiesigen Bezirk als Communalsteuer beibehalten werden soll oder nicht, wollen wir noch einmal die Gründe recapituliren, welche den Antrag des Magistrats auf Beibehaltung der Schlachtsteuer als unannehmbar erscheinen lassen.

Zu erster Linie steht die demoralisirende Wirkung, welche die Schlachtsteuer auf die Bevölkerung übt, indem sie zum Schnürgel anreizt. Darauf folgen die Verkehrshindernisse im allgemeinen und die Plazieren insbesondere, welche die Erhebung dieser Steuer für jeden nach sich zieht, der mit derselben in direkte Beziehung kommt. Wenn diese beiden Nebel von solcher Erheblichkeit sind, daß nach jahrelangem Streiten dafür und dawider und nach vielen hartnäckigen Kämpfen auf den Landtagen die Factoren der Gesetzgebung sich endlich zu der Aufhebung der Steuer als Staatssteuer entschlossen, so muß es, nicht nur hier, sondern im ganzen preußischen Vaterlande ein befremdliches Aufsehen erregen, wenn die Communalbehörden Danzigs sich für die Beibehaltung der von allen Seiten auf das empfehlendste für eine höchst verwerfliche erachteten Steuer erklären sollten.

Sehr bedenklich ist auch die finanzielle Seite der Schlachtsteuer.

Die Steuer bringt ein 114,000 R., die Stadt bezog von der Mahl- und Schlachtsteuer zuletzt 85,000 R., es sollen also den Bürgern auf diesem Wege 29,000 R. Steuern mehr abgenommen werden als Bedarf ist.

Der Magistrat giebt in seiner Vorlage die erwartete Mehreinnahme auf 10,000 R. an, es bliebe also die außerordentlich hohe Summe von 19,000 R. auf Erhebungskosten zu berechnen, wovon etwa 1000 R. auf die Vergütung entfallen möchten, welche die Stadt an die zu dem städtischen Schlachtsteuer-Bezirk gehörigen ländlichen Ortschaften zu vergüten haben würde.

Bis jetzt hat keine preußische Stadt für die Communal-Schlachtsteuer sich erklärt. In Breslau sind, soweit uns bekannt, die Unterhandlungen noch nicht abgeschlossen; Berlin, Königsberg, Stettin haben sie definitiv abgelehnt, Magdeburg hat schon seit 1. Januar d. J. die Schlachtsteuer aufgehoben und Danzig sollte ein solches Oblium auf sich nehmen wollen? Wir können es auch heute noch nicht glauben. Außerdem wird die angebliche und vielbetonte Finanz-Noth ja auf die Dauer durch Einführung der Communal-Schlachtsteuer keineswegs beseitigt: denn die Erhebung ist nur für 3 Jahre gestattet und nach Ablauf der 3 Jahre stehen wir genau wieder vor demselben Dilemma, wie heute. Oder glauben die Vorkämpfer für die Schlachtsteuer, daß in diesen 3 Jahren Wunder geschehen und die Vorstellung resp. der Staat die Schleusen des Überflusses öffnen und der Stadt Schätze in den Schoss schütten werden? Gewiß nicht. Die Stadt wird in der Hauptfache immer auf sich selbst angewiesen bleiben. Wenn aber wirklich der Staat sich dazu bewegen lassen, den Städten wenigstens in so fern einen Erfolg für den Ausfall an der Einnahme von der Mahl- und Schlachtsteuer zu gewähren, als er ihnen das entzogene  $\frac{1}{2}$  von dem Sohertrage der Mahlsteuer vergütet, oder wenn er selbst, wie von den betreffenden Städten unter Berlins Führung beantragt werden soll, die Hälfte der Gebäudesteuer hergibt, um so besser, das wird dann eine sehr willkommene Gabe sein, die mit Dank angenommen werden wird. Wenn die Facultas der Erhebung der Schlachtsteuer nicht in dem Gesez stände, müßte und würde auch Rath werden. Jetzt scheint man sich vor der Aufhebung der Schlachtsteuer, weil man einfieht, daß, wenn man den bisherigen Staat in

Ausgabe und Einnahmen beibehält, der durch die direkte Steuer aufzubringende Betrag als zu drückend würde empfunden werden. Bezahlte würde derselbe Betrag in der Schlachtsteuer werden, aber man würde es nicht so empfindlich merken. Wenn wir die Aufhebung der Schlachtsteuer noch drei Jahre hinausschieben, so verzögern wir nur den Augenblick, indem es klar wird, daß es mit dem bisherigen Staat überhaupt nicht mehr geht; daß es nichts hilft neue Einnahmen zu suchen, wenn man nicht zugleich daran gehen will, alte Ausgaben zu befeiligen. Je später man sich zu einer gründlichen Kur eines einmal erkannten Uebels entschließt, desto schlimmer wird es. Schreite wir daher schon jetzt zu derjenigen durch greifenden Reform, die über kurz oder lang doch gemacht werden muss!

## Deutschland.

\* Berlin, 30. März. Die Mehrzahl der Bundesratsmitglieder verläßt heute auf etwa 10 Tage Berlin. In Thätigkeit bleibt nur die Subcommission des Justizausschusses, welcher die Umarbeitung des Entwurfes einer Strafprozeßordnung nach Einigung der Schwurgerichte am Stelle der Schöffengerichte und demgemäß die Neubearbeitung des Entwurfes der Gerichtsorganisation obliegt. — Die erwartete Vorlage über die Aufercourssetzung der österreichischen Thaler ist durch das Protokoll des Bundesrates festgestellt und wird demnächst an den Reichstag gelangen. Das Gesetz hat nur einen einzigen Paragraphen, welcher constatirt, daß die österreichischen Thaler nach wie vor als Zahlungsmittel gelten bis zur Aufercourssetzung; diese, und die Frage, ob das Reich die Einigung übernimmt, sind offen gelassen und damit also einer Erörterung im Bundesrath weiterer Spielraum gegönnt. Es ist bereits gemeldet, daß darüber große Meinungsverschiedenheit herrscht. — Angefangen der Überfülle von Arbeit, welche des preußischen Landtages noch harrt, wird die Nachsession des Reichstages auf eine möglichst knappe Dauer beschränkt werden müssen. Außerdem noch austschiedende Wahlprüfungen wird man wohl nur an die Erledigung der Militärvorlage, des Elsaß-Lothringen'schen Verwaltungsberichtes, des Gesetzes betreffs Internierung resp. Ausweisung reuiterter Kirchendiener und des Papiergeldgesetzes denken können. Dagegen werden die Entwürfe über den Rechnungshof, über die Einnahmen und Ausgaben des Reichs und möglicherweise auch die Gewerbenovelle für die Herbstsession aufgespart werden müssen. Natürlich wird auch das Abgeordnetenhaus nicht die ganze Anzahl der noch unverleidigten Vorlagen absolviren können.

— Die Aufbringung der beiden deutschen Kaufleute in der Nähe der Suluinseln hat die deutsche Regierung, wie man der „Börs. Blg.“ mittheilt, veranlaßt, die Frage der Errichtung von Flottenstationen in nähere Erwägung zu ziehen. Über den Werth und Nutzen, ja die Nothwendigkeit von Flottenstationen für die Existenz einer industriellen und handelstreibenden Großmacht und speziell für Deutschland kann kein Zweifel obwalten. Deutschland hat sich während der letzten 50 Jahre aus einem Agricultur zu einem Manufakturlande emporgeschwungen, das in manchen Zweigen mit England erfolgreich zu concurrenzen vermag. Hat aber ein Küstenstaat diesen Standpunkt erreicht, so muß er neue Märkte haben, wo er absetzt. Deutschland bedarf außerdem directer Bezugsquellen für die nötigen Rohprodukte, um die enormen Zwischentransportkosten und Zwischenhandelskosten, die jetzt beim Bezug via London und Amsterdam an die englischen und niederländischen Händler, Kaufleute, und Böllämter zu zahlen zu ersparen. Auch der Tausch der tropischen Colonialwaren, wie Zucker, Caffee, Thee und Tabak ic. kommt hier in Betracht. Um nun deutschen Schiffen die hierzu erforderliche steife und ungestörte Bewegung sichern und dieselben vor den Eroberungsgelüsten blutgieriger Seeräuber und halbnackter Wildenhäuptlinge schützen zu können, müssen Flottenstationen errichtet werden; von Zeit zu Zeit vorzunehmende Flottenexpeditionen, wie sie namentlich für dieses Jahr in größerer Zahl und Ausdehnung in Aussicht genommen werden sind, reichen dazu nicht hin.

— Die „Sp. Blg.“ hatte versucht, die Bedeutung der vom Kaiser an die Generalität gesprochenen Worte abzuschwüchen, mit der Bemerkung, daß nach dem Eindruck, den die unmittelbaren Hörer empfangen hätten, der wirkliche Wortlaut milden gewesen wäre als die telegraphische Reproduction. Jetzt berichtigt die „Sp. Blg.“ ihre eigene Mitteilung dahin, daß die Wortfassung des Wolff'schen Telegramms vom Kaiser selbst autorisiert war.

Posen, 29. März. In welcher üblichen Lage die niedere Geistlichkeit sich bei dem kirchenpolitischen Conflict befindet, zeigt das Schicksal der 2 geistlichen Corrigenden, welche der Aufforderung der Regierung folgen, die Demirtenanstalt zu Storchest vor einigen Monaten freiwillig verließen. Die geistliche Behörde betrachtet und behandelte sie wegen dieser Nachgiebigkeit gegen die Maigesetze als Abtrünnige und ver sagt ihnen die Wiederanstellung in der Seelsorge. Da auch die Regierung nichts für sie thut, so haben sie sich, um ihr Leben zu fristen, genögt gesehen, untergeordnete Stellungen beim hiesigen Polnischen Theater anzunehmen.

## Österreich-Ungarn.

Wien, 26. März. Die Erklärung der österreichischen Bischöfe über die Kirchen-Gesetze läßt unschwer einen Rückzug des Episcopats auf der ganzen Linie erkennen. Wenn heute die preußischen Bischöfe in preußischen Angelegenheiten eine ähnliche Sprache führen, ginge der Kirchenconflict in Preußen sofort der Lösung entgegen. Das Altersstück geht die einzelnen Gesetze durch und constatirt bei vielen, daß sie durchaus nichts Neues, sondern lediglich Anordnungen enthalten, welche bereits im Concordat festgestellt und zwischen Kirche und Staat vereinbart worden. Gegen andere Bestimmungen wird nur in dubitativer Form Vermahnung eingelegt, daß der Gedanke an eine principielle Widerseiglichkeit der Kirchenfürsten gar nicht auftreten kann. Zu einiger Energie erhebt sich die Erklärung nur, wo sie die Civile angreift, über welche bekanntlich ein Gesetzentwurf gar nicht vorliegt. Die Kirchenfürsten salviren ihre Seele so gut sie können, erklären aber schließlich doch, daß wir nicht sind, den Ansforderungen, welche die Staatsgewalt in dem Gesetzentwurf über die äußeren Rechtsverhältnisse der katholischen Kirche an uns stellt, in so weit zu entsprechen, als sie mit dem Concordat der Sache nach im Einklang stehen.“ Diese elastische Beschränkung wird durch die Wendung „der Sache nach“ vollständig abgeschwächt.

## Frankreich.

Paris, 28. März. Die gestrige Sitzung der National-Versammlung hat zwei wichtige Ergebnisse gehabt. Zuerst die Spaltung der Linken bei der Vermerkung der Dringlichkeit des Dahir'schen Antrages, daß die National-Versammlung sich am 1. Juni über die definitive Regierung Frankreich's aussprechen solle, indem ein Theil unter Ledru-Rollin's Führung gegen die Dringlichkeit und für die Regierung stimmte. Dem „Soleil“ folgte hat Broglie bei Dahir's Antrag geäußert: „Man will mir Zwang antun, die Monarchie oder die Republik zu machen; ich werde das Septemvirat machen.“ Die zweite beachtenswerthe Thatache ist, daß trotz der Rede von Thiers der Commissionsbericht mit 389 gegen 193 Stimmen angenommen wurde, weil General Chabaud-Latour, geltend machte: „In Festungs-Angelegenheiten gilt kein Verzug; warum noch sechs Monate warten? Verlieren wir keine Zeit, wir haben schon nur zu viel verloren.“

Heute Abend verbreitete sich hier das Gericht, Thiers sei an einem Schlagflusse gestorben. Das ist nicht wahr. Er kam gestern Abend um 9½ Uhr aus Versailles zurück und empfing bis 12 Uhr seine Freunde. In Folge großer Ermüdung hatte er starke Magenkrämpfe. Gegen 4 Uhr Nachmittags befand er sich besser. Er stand auf, empfing aber noch nicht.

— Das Theater Chave in Marseille wird jetzt allabendlich erschillert durch die rauschenden Befallsbejegungen, deren die Aufführung eines während des letzten Krieges spielenden Stücks: „Die Einnahme von Chataudun“ sich zu extremen hat. Die Scene, in welcher ein „Klasseur von Reischoffen“ den Reiterkampf schildert, verfestigt das Publikum jedes Mal in Extase; die Männer klatschen, trampeln, johlen wie besessen, die Weiber vergießen Thränenströme der Rührung. Beimahre wäre die Incentivierung des Stücks an dem Umstande gescheitert, daß Niemand in der Uniform und dem „casque à pointe“ eines „Prussien“ aufreten wollte. Zur Vermeldung dieses patriotischen Hindernisses mußte man sich entschließen, ein Dutzend Mann zur Dienstleistung als „Pionieren“ zu commandiren.

## England.

Als Ergebnis der Niederlagen, welche die Liberalen bei den letzten Wahlen erlitten, und des ungeren Zusammenrükens, welches die natürliche Folge war, ist ein Plan zur vollständigen Neugründung der Partei entstanden. Die wesentlichen Grundzüge dieses Planes liegen zunächst in der Bildung einer großen liberalen Association, der amtlichen liberalen Parlaments-Mitglieder so wie Parlaments-Candidaten angehören und die unter inem Executiv-Ausschüsse steht. Sodann soll das Land in Bezirke getheilt werden, die unter der Leitung von Ausschuß-Mitgliedern stehen. Innerhalb dieser Bezirke soll durch Druckschriften und Volksversammlungen nach Kräften gewirkt werden, im der liberalen Partei möglichst bald wieder den inneren Halt zu verleihen, dessen sie so sehr benötigt ist.

## Schweden.

Die zweite Kammer des schwedischen Reichstags hat mit 71 gegen 64 Stimmen beschlossen, daß der Reichstag den König bitten solle: „Bei allen Gelegenheiten, wenn fremde Mächte Unterhandlungen mit Schweden oder mit einander gemeinschaftlich über die Errichtung permanenten Schiedsgerichte zur Beilegung streitiger Fragen zwischen Staaten eröffneten, solche dann unterstützen zu wollen.“

## Danzig, 31. März.

\* Der Bundesrath hat sich damit einverstanden erklärt, daß zur Vollstreckung der von den Gemeinde-Behörden oder den gewerblichen Schiedsgerichten auf Grund des § 108 der Gewerbeordnung vom 21. Januar 1869 erlassenen Entscheidungen die Gemeinde-Behörden in dem Bundesgebiet einander Beistand leisten. Für Danzig ist dieser Besluß von keinem Einfluß,

da durch das Ortsstatut für das hiesige gewerbliche Schiedsgericht die gerichtliche Executions-Commission zur Vollstreckung der Resolute befreuen ist.

\* Dem Vorsteher-Amte des Kaufmannschaft ist vom Herrn Oberpräsidenten ein Bericht des deutschen Consuls in Helsingfors an das auswärtige Amt vom 22. v. M. mitgetheilt worden, nach welchem die seit längerer Zeit in Finnland grassirenden Blattern im Zunehmen begriffen waren und namentlich auf dem flachen Lande viele Opfer forderten. In Helsingfors betrug nach der „Almåna Tidning“ die Zahl der Krankheitsfälle im November d. J. 18, im Dezember 44 und im Januar d. J. 60-70. Von 27 Blatternfranten, welche im Laufe des Jahres 1873 in das dortige Blatternlazareth aufgenommen wurden, sind 80 gestorben, 201 als gesund entlassen und 11 in Behandlung verblieben. Unter diesen Umständen wird den zahlreichen deutschen Handelsreisenden und See-fahrern, welche Finnland besuchen, dringend angerathen, sich vor Antritt der Reise revacciniren zu lassen.

## Büschrit an die Redaction.

Der Magistrat ist dem Vorschlage der gemischten Commission nicht nur hinsichtlich der Beibehaltung der Schlachtsteuer, sondern auch darin beigetreten, die Communalcommersteuer nicht mehr nach dem bisherigen System, sondern als Befall zu der vom Staat erhobenen Klassen- und klassifizirten Einkommensteuer zu erheben. Es ist nun wohl von Interesse zu sehen, wie sich die Lasten verteilen, je nach dem man die bisherigen Progressionsfälle der bieigen Communalsteuer oder die Säge der Klassen- und klassifizirten Einkommensteuer zu Grunde legt. Die Commission hat in einer Tabelle zusammengestellt, was, um eine Summe von ca. 200,000 R. aufzubringen, von den Einstufen in den einzelnen Klassen nach dem bisherigen, oder dem vorgeschlagenen Systeme zu zahlen wäre. Um diese Summe im Aufschluß an die Staatssteuer aufzubringen, wäre ein Befall zu dieser von 160 % nötig. Ich bemühe die Zahlen der Commission im Folgenden, fasse sie aber in größere Gruppen zusammen. Zu bemerken ist, daß die bisherige Communalsteuer (wie es wohl in jedem Jahre vorwärts) als allmälig aufsteigend von 1% bis 6% des Einkommens angenommen ist, wobei 6% von einem Einkommen von 4400 R. und darüber zu zahlen ist. Die Klassensteuer dagegen theilt das Einkommen von 140 bis 900 R. in zwölf Klassen mit einem steigenden Säge von 0,7 bis 2,7%, während alle Einkommen über 1000 R. 3% klassifizierte Einkommensteuer zu zahlen hat.

Bahl der Einstufen:	Einstufen nach den Einstufen der bisherigen Com- munealteuer:	Haben zu zahlen nach den bis- herigen Pro- gressionsfälle: nach 160% der Staatssteuer zu zahlen:	Also mehr oder weniger:
ca. 14,000	bis 250	31,543	weniger ca. 500
" 2400	250 - 450	15,391	mehr 3171
" 1100	450 - 650	13,571	6911
" 400	650 - 900	9,615	3185
" 500	950 - 1500	23,630	3250
" 70	1500 - 2200	4,425	1143
" 160	2300-2700	17,183	671
" 95	2800-3800	16,123	2587
" 60	bis 5500	14,141	1853
" 40	5000	17,250	6654
" 14	15,000	9,420	2164
" 8	30,000	10,950	2502
" 4	98,000	17,670	4806

Von den drei höchsten Besteuerungen würde mit Zugrundelegung der Staatssteuer weniger als bis jetzt zu zahlen haben: die Privatbank: 1236 R., die Kgl. Bank: 1050 R. und die K. Ostbahn: 2040 R. H.

## Schiffsnachricht.

Stettin-New-York-National-Dampfschiff-Compagnie. (Vom C. Messing, Berlin und Stettin.) Das Dampfschiff

## Proclama.

Auf dem den Schuhmacher Peter Olchewskischen Eheleuten gehörigen Grundstücke Dirichan Littera D No. 14 steht in Abtheilung III No. 2a für George Carl Gustav Götz eine zu 5% jährlich verzinsliche und bei der Großjährigkeit des Gläubigers fällige Erbtheilsforderung von 48 R. 21 Sgr. 8 Z. aus dem Erbzeugze vom 11. October 1844 da const. den 19. Februar 1845 zufolge Verfügung vom 18. März 1845 eingetragen.

Der Gläubiger hat über die Post Wissensfähig quittiert, es ist aber das über dieselbe gefertigte Document, bestehend in a) dem gerichtlichen Erbzeugze vom 11. October 1844 nebst obernordmündlicher Bestätigungs-Clausel vom 10. Februar 1845;

b) dem Hypothekenschein vom 18. März 1845;

c) der Ingrossationsnote vom 18. März 1845

verloren gegangen.

Auf Antrag des Grundstücksbesitzers werden nun alle Diejenigen, welche an das vorstehend bezeichnete Hypothekendokument als Eigentümer, Cessiorianer, Pfand- oder sonstige Briefsinhaber Ansprüche auf Bezeichnung, aufgesfordert, sich spätestens im Termine

**den 16. Juli 1874,**

Vormittags 11 Uhr  
an ordentlicher Gerichtsstelle zu melden, wodrigfalls sie präzidiert, das Document amortisiert und die betreffende Post gelöscht werden soll.

Dirschau, den 21. März 1874. (9213)

Rgl. Kreis-Gerichts-Commission.

In dem Concuse über das Vermögen des Kaufmanns H. v. Jutzenka zu Pr. Stargard ist zur Verhandlung und Beschlussfassung über einen Accord-Termin auf

**den 16. April 1874,**

Vormittags 10 Uhr  
vor dem unterzeichneten Commissar im Tempzin 1 anberaumt worden. Die Beteiligten werden hieron mit dem Bewerben in Kenntniß gesetzt, daß alle festgestellten oder vorläufig zugelassenen Forderungen der Concursgläubiger, soweit für dieselben weder ein Vorrecht, noch ein Hypothekenrecht, Pfandrecht oder anderes Absonderungsrecht in Anspruch genommen wird, zur Theilnahme an der Beschlussfassung über den Accord berechtigen.

Die Handelsbücher, die Bilanz nebst dem Inventar und der von dem Verwalter über die Natur und den Charakter des Concuses erstattete schriftliche Bericht liegen im Gerichtslocal zur Einsicht an die Beteiligten offen.

Pr. Stargard, den 26. März 1874.

Königl. Kreis-Gericht.

Der Commissar des Concurses.

**Jungvieh-Auction**  
in Polzin bei Puzig,  
Station Rheda,  
Danzig-Stolper Bahn,

**Dienstag, den 14. April er.,**  
Vormittags 11 Uhr,

Zum Verlauf kommen: 3 Bullen holländ. der Race, 13—15 Monate alt; 3 junge Kühe, 10 tragende Härten Breitenburger Kreuzung, ca. 2 Jahre alt; 12 Kinder, 1½—3½ jährig; 7 Kinder, 1½—2½ jährig; 12 Kinder, 2½—3½ jährig. Specielle Bezeichnisse auf Verlangen. Zu den von Danzig und Stolp Morgen ca. 8 Uhr in Rheda anfommenden Bürgen werde auf vorherige Anmeldung Wagen gestellt.

9351) **A. Hannemann.**

Wir empfehlen unser wohlaffortetes Lager  
von Schulbüchern, Atlanten &c.  
in guten Einbänden und zu soliden Preisen.

L. G. Homann's Buchhdg.

Prowe & Beuth,

Opengasse 19. (9395)

Gegen

**Rheumatismus**

diesem allverbreiteten Leid, dessen eigentliches Wesen bis jetzt so häufig verkannt wird, weshalb auch alle bisher dagegen angewandten Mittel gar keinen oder höchstens nur einen vorübergehenden Erfolg haben konnten, gibt allen an diesem Leid Leidenden die sicherste und schleunigste Hilfe an die Hand, die in klarer und überzeugender Weise geschriebene Schrift:

Rheumatismus und Lähmungen. Der wahre Natur, Ursachen und gründliche Heilung, mittels einer neuen vollständig natürlichen und unfehlbaren Methode. Leidenden jeden Grades, Geschlechtes und Alters empfohlen von Dr. Luitpold Reiner. 6. Auflage. Preis brochirt 6 Sgr.

Borrätig in

L.G. Homann's Buchhdg.

Prowe & Beuth,

Opengasse 19. (9340)

An Ordre

finden von Geo. Rothwanger & Co. in Newcastle per "Orient" Capt. K. Stahl, 1. G. 184 Schießsteine (12 Chalrons) verladen worden. Der unbefamte Empfänger solle sich behufs schneller Abnahme schleunigst melden bei

9391) **G. L. Hein.**

Mein Comtoir und Lager befindet sich jetzt Heiligegeistgasse No. 96.

Robert Bartsch.

Unser Comtoir befindet sich jetzt Langgarten 40. Schönberg & Domansky.

Gelegenheitsgedichte jeder Art fertigt Agnes Dentler Wwe., 3. Damm 13.

## Bureau der Pferde-Eisenbahn vom 1. April ab Längeführ am Markt No. 66, Eingang vom Fischenthaler Wege. (9393)

## Auction.

Mittwoch, den 1. April 1874, Vormittags 11 Uhr, im Artushofe mit

**30 Fass Petroleum, standard white, bei 20% Thara.**

9397)

**Mellien. Ehrlich.**

Auszug aus dem Verwaltungsbericht

über die **israelitische Kranken-Unterstützungs-Kasse.**

14. Vereinsjahr,

vom 1. Januar bis 31. December 1873. Zweck des Vereins: seinen Mitgliedern im Krankheitsfalle auf Verlangen eine wöchentliche Unterstützung von drei Thaler zu gewähren.

Beitrag: zwei Thaler jährlich.

Der Kassenbericht, welchen die Aufsichtsbehörde durchgesehen, und richtig befunden hat, ergibt:

Kassenbestand am 1. Januar 1873.

Hierzu

1) monatliche Beiträge, Einkaufsgelder und für Statuten.

R. 3904. 5. 9.

2) Spenden . . . . .

516. 16. —

3) Geschenk des Herrn Simon Loewenstein aus Hamburg . . . . .

187. 18. 8.

4) Geschenk des Herrn Joseph Morinis hier . . . . .

100. —

5) Geschenk Sally Rothenberg hier . . . . .

6. 20. —

6) der Herren Gebr. Paradies u. Urbach aus Berlin . . . . .

5. —

7) Geschenk des Herrn J. Szidlowksi a. Berlin . . . . .

60. —

8) H. Becker aus Berlin . . . . .

6. 20. —

9) Julius Goldstein hier . . . . .

5. —

10) Carl Kitterberg hier . . . . .

10. —

11) Wolf Meier hier . . . . .

5. 10. —

12) Fischel Bernstein hier . . . . .

100. —

13) Weitz aus Posen . . . . .

5. —

14) Siegfried Möller hier . . . . .

2. —

15) Max Cohn hier . . . . .

2. —

16) Spenden bei mehreren Beerdigungen durch die Herren Tiebler u. J. Davidsohn . . . . .

8. —

R. 4934. — 5.

Im Ganzen . . . . .

R. 235. —

24. —

Summa . . . . .

R. 380. 15. —

R. 4553. 15. 5.

Demnach Bestand der Kasse am 1. Januar 1874 angelegt in:

a) R. 1300 (3½ %) Westpr. Pfandbriefe . . . . .

R. 1050. 2. 6.

b) = 1500 (4 %) . . . . .

1328. 4. 6.

c) = 2350 (4½ %) . . . . .

2143. 29. —

d) baar in der Kasse . . . . .

31. 9. 5.

wie oben R. 4553. 15. 5.

Hieron schieden aus: a) durch den Tod . . . . .

4. —

b) durch Veränderung des Wohnstiles . . . . .

5. —

verbreblen . . . . .

248. —

neu hinzutreten sind . . . . .

8. —

so daß am 1. Januar 1874 die Gesamtzahl betrug 256.

Die Anforderungen, welche an die Kasse seitens erkrankter Mitglieder resp. deren Wittwen gestellt werden, blieben hinter der Durchschnittsziffer, wie solche aus dreizehnjähriger Erfahrung resultirt, nicht unwesentlich zurück. Während nämlich die Vereinstatistik ergiebt, daß im Durchschnitt 30 Personen in 115 Wochen sich an den Verein um Zahlung der Krankengelder wenden, welche eine Höhe von durchschnittlich 342 Thlr. erreichen, waren im Jahre 1873 nur 15 Mitglieder in der Lage, die statutenmäßige festgesetzten Gelder für 92 Wochen zu erheben, bis zur Höhe von 259 Thlr. Einzelnen ward während 11, 16, ja 23 Wochen die Unterstüzung zu Theil; andere dagegen machten nur auf kurze Zeit ihre Ansprüche an die Kasse geltend. Hinzuftlich der Monate ergiebt sich, daß die wenigsten Krankenmeldungen, nämlich 2 in December erfolgten, während für October 10, August 11 und September 15 verzeichnet sind.

Halten wir diese günstigen Bissen von 92 Krankenwochen, 15 Erkrankungen, 259 Thlr. Krankengelder mit den ebenso befriedigenden Verhältnissen des vorangegangenen Jahres 1872 zusammen, so wird die oft ausgesprochene Meinung, daß mit dem längeren Bestehen der Krankenkasse, also mit dem Alter der Mitglieder, die Ansprüche an dieselbe sich erheblich steigerten, bis jetzt keineswegs durch schiere Zahlen bestätigt. Es müßten also noch andere und stärkere Faktoren, als das bloße Alter der Mitglieder aufgewiesen werden, wenn die bisweilen ausgeprochene Befürchtung aufrecht erhalten werden sollt. Daß der Verein in Zukunft größerer Anforderungen an seine Leistungen gewißtig sein mösse. Der Vorstand hegte derartige Befürchtungen nicht, und hielt vielmehr zu der Annahme, daß die mit der Einführung der Canalisation und Wasserleitung eingetretene Befreiung der Gesundheitsverhältnisse unserer Stadt auch unserem Vereine zu Gute kommen werde. Ebenso war der Vorstand einstimmig der Ansicht, daß die Aufgabe einer Unterstützungs-Kasse nicht darin bestehen könne, durch Erzielung großer Überflüsse Kapitalien zu sammeln, daß es vielmehr an der Zeit sei, zu erwarten, ob nicht endlich zur Erfüllung in § 1 des Statutes ausgewiesenen Zweckes des Vereins gedrungen werden kann: "Die israelitische Kranken-Unterstützungs-Kasse will ihren Mitgliedern, welche durch Erkrankung in der Betreibung ihrer Erwerbsweise verhindert sind, und so lange dies der Fall ist, die Mittel zu ihrer und ihrer Familie Ernährung gewähren." Als ihm daher ein von 37 Mitgliedern unterzeichnetes Schreiben überreicht wurde, worin unter Anderem der Wunsch enthalten, daß die Vereinskasse den Mitgliedern eine größere Unterstüzung als bisher gewähren möge, eignete er sich diesen Wunsch gern an und gab der gegebenen Anregung die Folge, daß er überhaupt zu einer schon früher wiederholentlich begehrten Revision des Statutes schreite. Eine aus drei Vorstandsmitgliedern bestehende Commission arbeitete einen Entwurf aus, den der Gesamtvorstand demnächst bis zum Schlusse des Jahres zur Vorlage für die Generalversammlung fertig stelle.

Indem der Vorstand schließlich im Namen des Vereins denjenigen, welche die Vereinskasse mit Spenden bedacht haben, öffentlich besten Dank sagt, zieht er sich der Hoffnung hin, daß auch in Zukunft die Theilnahme edler Männer dem Vereine nicht fehlen werde.

Danzig, im März 1874.

**Der Vorstand der israelitischen Kranken-Unterstützungs-Kasse.**

Dr. Wallerstein. J. Sandmann. J. A. Lebenstein. A. J. Weinberg. M. Danziger. A. Löwensohn. C. Sternfeld. A. Bergfeld. J. Rosenfeld. S. Bernstein. (9355)

**Königsberger Pferde-Lotterie.**  
Im Anschluß an den diesjährigen Königsberger Pferdemarkt findet am 19. Mai 1874 eine Prämiierung von Pferden, am Tage darauf, den 20. Mai er.

eine große Verlosung von kompletten Equipagen, Reit- u. Wagenpferden aus den anerkannt vorzüglichsten Gestalten Ostpreußischer statt. 2250 Gewinne. Hauptgewinne: ein completer hoheleganter Viererzug (nebst Landauer) sechs complete feine Equipagen ((neuesten Systems) im Werthe von 30000 Reichsmark, div. Reit- und Wagenpferde im Werthe von 88000 Reichsmark. Mittlere Gewinne 87. Kleinere praktische Gewinne 2140 und selbst der kleinste Gewinn nicht unter 6 Reichsmark im Werthe.

Es sollen 45.000 Lose ausgegeben werden. Der Preis des Loses ist auf 3 Reichsmark (1 Thaler) festgesetzt. — Wiederverkäufer erhalten Rabatt. Neflectanten wollen sich freilichst an das General-Debit Herren Arnold & Lücke, Königsberg i. Ostpr. wenden. Näheres enthalten die Prospekte. (H. 11338) (8433)

**Das Comité für die Verlosung.**

</